



Die AfD nach dem Stuttgarter Parteitag

In aller Kürze:

- Rechte Rhetorik dominiert den AfD-Parteitag
- Die AfD beschließt ein Grundsatzprogramm und streitet weiter
- Rolle rückwärts bei wichtigen gesellschaftlichen Themen
- Viele inhaltliche und strategische Fragen bleiben unbeantwortet
- Gewerkschaften und ihre Themen bleiben unterbelichtet

Rechte Rhetorik, Ressentiments und viele Fragen offen

1. Zusammenfassung

Die Stuttgarter Beschlüsse der AfD stehen für Ausgrenzung und Abschottung, sie sind eine Rolle rückwärts in zentralen gesellschaftlichen Themen von der Abtreibung bis zur Wehrpflicht.

Die AfD ist eine Partei, die aus den Ängsten der Menschen Kapital schlagen will. Zum Beispiel aus Ängsten vor Globalisierung und Klimawandel, über die wir seit Jahrzehnten diskutieren – die AfD nimmt sie schlicht nicht zur Kenntnis.

Oder aus Ängsten vor der Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Leben und Arbeit - bei der AfD taucht das Thema gar nicht auf.

Auffällig ist, dass die AfD mehr Ängste schürt und mehr Ausgrenzung formuliert als Antworten zu geben und Problemlösungen aufzuzeigen. Sie spricht bewusst die an, die sich als Opfer der Veränderungen sehen, als zu kurz gekommene. Sie setzt auf ihre Wut, auf ihre Verbitterung, auf ihre Verachtung für die „etablierten“ Parteien.

Die AfD ist eine Anti-Partei: sie ist gegen Flüchtlinge, sie ist gegen den Islam, sie ist gegen den Euro, sie ist gegen Medien und Parteien und sie ist auch gegen unsere Demokratie. Führende Vertreter sprechen ganz offen davon, dass sie ein anderes Land, ein anderes System, eine andere Bundesrepublik wollen. Sie sprechen genauso

davon, die europäischen Rechte enger zu verbinden und vor allem enger mit dem Front National zusammenzuarbeiten.

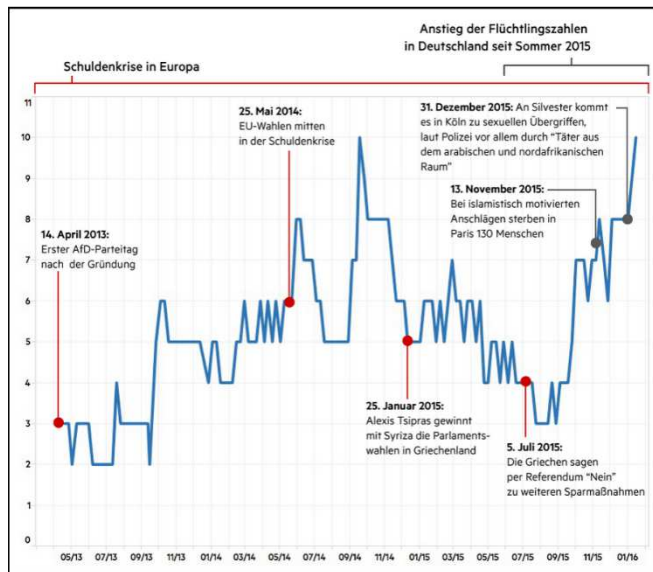
2. Vorbemerkung:

Drei Jahre nach ihrer Gründung und nicht einmal ein Jahr nach dem turbulenten Essener Parteitag und dem Rauswurf von Parteigründer Bernd Lucke hat die Alternative für Deutschland (AfD) am Wochenende in Stuttgart erstmals ein Parteiprogramm beschlossen. Den mehr als 2000 Teilnehmern – in der AfD gibt es bislang keine Delegierten, sondern alle Mitglieder können sich zu den Parteitagen anmelden - des Parteitags lag ein Programmentwurf des Vorstands vor, der der AfD mit der aggressiven Ablehnung des Islam ein neues „Gewinner-Thema“ bringen soll.

In Stuttgart ist die AfD sehr selbstbewusst aufgetreten, sie hat dafür momentan auch allen Grund. Noch im Sommer und Herbst 2015 war die Partei nach der Abspaltung des Flügels um Mitgründer Bernd Lucke in Umfragen auf zwei Prozent abgesackt und politisch fast tot. Doch danach folgte Erfolg auf Erfolg und ein Dauer-Hoch in allen Meinungsumfragen.

Für Parteivize Alexander Gauland sind das Erfolge, die die „etablierten Parteien inzwischen das Fürchten lehren“. Immer mehr Menschen hätten „die Nase voll von Merkels Politik, ohne Regeln, ohne Verantwortung, ohne Zukunft“. Die AfD dagegen sei jetzt in der Gesellschaft angekommen

und werde dort bleiben, „was immer die Konsensparteien wollen“.



Quelle: © stern Infografik / rös

Ihre Wahlerfolge fuhr die AfD ohne Parteiprogramm ein. Bisher gab es nur knappe "Leitlinien", die noch die Handschrift von Ex-Parteichef Bernd Lucke trugen, sowie die Programme zu den Landtags- und Europawahlen. Der AfD reicht (oder: bisher) die Fokussierung auf wenige „Wut-Themen“: Die Furcht vor der Ausbreitung des Islam und vor durch weitere Flüchtlingszuwanderung wachsende Kriminalität. Hinzu kam eine Position, die der Brandenburger Fraktionsvorsitzende und Parteivize Alexander Gauland kurz zusammenfasste: „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen.“ Dieses Alleinstellungsmerkmal ist eine wesentliche Erklärung der Wahlergebnisse. Ergänzt wird es durch die Attraktivität für alle Protestwähler: Wer AfD wählt, kann sich sicher sein, alle anderen Parteien mächtig zu ärgern (Verweis auf Umfragen?). Besonders heben AfD-Vertreter außerdem hervor, dass es der Partei gelungen sei, Nichtwähler wieder zum Wählen zu bringen. Zehntausende habe die AfD mobilisiert, sagt Gauland. Getragen von diesen Erfolgen soll 2017 laut Gauland nun auch gelingen, was die AfD 2013 knapp verpasst hatte: der Einzug in den Bundestag.

Es ist ein strategisches Muster rechtspopulistischer Parteien ohne programmatische Festlegungen zu agieren. So war es auch in der AfD lange umstritten, ob ein geschlossenes und umfassendes Parteiprogramm nötig ist um ihre Ziele zu erreichen. Insbesondere für Parteivize Gauland zählt nur das, was bei den Wählern Erfolg hat. Er will die AfD sozialprotektionistisch ausrichten und mit einer klaren Absage an den Islam und die Einwanderung von Migranten weiterhin Wahlen gewinnen.

nen. Aus seiner Sicht kann die AfD mit dieser Ausrichtung mehr erreichen als mit einer ausgewogenen Melange, die nur für konservative Wähler attraktiv ist. Braucht die Partei also gar kein Programm, das auch viele Politikfelder abdecken müsste, in den sich die AfD bislang nicht festgelegt hat? „Wir werden kein komplettes Programm für sämtliche Politikfelder beschließen“, sagte die Co-Vorsitzende Frauke Petry bereits im Vorfeld des Parteitages. Manche Themen müsse man „offen lassen, weil wir etwa bei der Gesundheits- oder Rentenpolitik weiter diskutieren müssen, und für einige andere Felder wird in Stuttgart die Zeit nicht reichen“. All das Ausgelassene/ Die Leerstellen könne man sich „getrost für das Wahlprogramm aufsparen“. Und Gauland hat den Wert eines Parteiprogramms mehrfach und deutlich relativiert. Er sagte auf dem Parteitag: „Lassen Sie uns über Inhalte streiten, aber nicht über jedes Komma... Der Leitantrag ist ein Rahmen, den wir in der täglichen politischen Arbeit ausfüllen müssen. In Wahlkämpfen, in Demonstrationen.“ So beschränkte/konzentrierte sich die Partei in Stuttgart vor allem auf die Inhalte, die ohnehin schon mit der AfD identifiziert werden.

Statt von einem Parteiprogramm kann man also eher von einer Bekräftigungsversammlung sprechen. Es ging dem Parteivorstand laut Petry um „Festlegungen auf den zentralen Politikfeldern“ der AfD, also insbesondere um die Themen Islam und Flüchtlinge, um eine betont konservative Familienpolitik und am Rande auch das Gründungsthema der AfD, Europa und den Euro. Dabei hat sich die Parteitagegremie nicht gerade zimperlich verhalten. Gegenanträge zum Leitantrag wurden nur ganz kurz behandelt, andere Themen gnadenlos durchgepeitscht und abweichende, moderate Meinungen einfach niedergeschrien.

Unter dem Strich liefern die Beschlüsse und vor allem die Reden der Parteispitze Hinweise darauf, wohin die AfD sich weiter zu entwickeln gedenkt. Und sie belegen, dass die AfD trotz aller Erfolge nach wie vor eine sehr zerbrechliche Partei ist, in der es viele persönliche, politische und strategische Konflikte gibt. Denn auch wenn ein Chaos wie in Essen ausblieb, hatte die AfD wieder sehr viel mit sich selbst zu tun.

2. Wesentliche Debatten und Beschlüsse

Schon mit der Tagesordnung hat die Partei eine Priorisierung vorgenommen: Während zum Islam, zum Euro und zu Staat und Gesellschaft schon vergleichsweise früh Positionen verabschiedet wurden und teils auch noch diskutiert wurde, blieb

etwa für die Behandlung des Kapitels „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“ nur noch wenig Zeit, die zudem mit langen? Geschäftsordnungsdebatten verkürzt wurde.

Zu den wichtigsten Beschlüsse im Einzelnen:

Präambel

„Mut zu Deutschland. Freie Bürger, keine Untertanen“: so beginnt das Programm. Die AfD spielt schon in den ersten Zeilen ihres Programms mit Ressentiments gegen das politische Establishment. Weiter heißt es: „Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischem Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen“. Die Euro-Rettungspolitik bezeichnet die AfD als „Regime der Euro-Rettung“. Mit dieser Wortwahl schürt die Partei nicht nur bestehende Vorurteile gegen die politische Klasse. Indem sie mit Vokabeln wie „Bruch von Recht und Gesetz“ und „Zerstörung des Rechtsstaats“ und „Regime“ suggeriert, Deutschland sei ein „Unrechtsstaat“, schafft sie die Legitimationsgrundlage für radikale politische Maßnahmen. Denn da, wo es ein Unrechtsregime gibt, gäbe es auch ein Widerstandsrecht.

Demokratie und Grundwerte

Das Kapitel „Demokratie und Grundwerte“ schließt inhaltlich unmittelbar an der Präambel an: Die Volkssouveränität sei eine „Fiktion“, ein „politisches Kartell“ habe die „Schalthebel der staatliche Macht“, „die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in den Händen“. Sie zieht diese Systemkritik in geradezu verschwörungstheoretischer Tonalität vor die Klammer, also vor die Behandlung der einzelnen politischen Sachthemen. Der Diskreditierung etablierter Institutionen und das Infragestellen von gesellschaftlichen Konsensen? – bis hin zum Kampf gegen den Klimawandel – ziehen sich wie ein roter Faden durch das weitere Programm.

Konkret fordert die AfD unter anderem Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, die Trennung von „Amt und Mandat“ sowie eine Beschränkung der Macht der Parteien, etwa durch eine Amtszeitbegrenzung und eine Verkleinerung des Bundestages.

Trotz aller Weiterentwicklung ihrer Programmatik auch in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik offenbart die AfD im ersten Kapitel unter der Überschrift „Schlanker Staat für freie Bürger“ ihre weiterhin ne-

oliberalen Ausrichtung. Der Staat habe sich verzettelt, es bedürfe neuer Konzentration „auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Infrastruktur, Industrie- und Wirtschaftspolitik fehlen in dieser Aufzählung. Konkret kündigt die AfD an, zu prüfen, ob „vorhandene staatliche Einrichtungen durch private und andere Organisationsformen ersetzt werden können“. Sie setzt also auf Privatisierung und Deregulierung. Es gehört zu den Widersprüchen dieses Programms, dass in anderen Kapiteln durchaus privatisierungskritische Formulierungen zu finden sind („Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger“). Diese Inkongruenz bestätigt die Annahme, dass die AfD ein Sammelbecken für „Wutbürger“ ist, die in ihrem politischen Gemischtwarenladen all das anbietet, was dem gesellschaftlichen Konsens – oder einer vermeintlichen „politischen correctness“ – zuwiderläuft.

Islam

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“: Mit dieser Aussage setzt die AfD auf Ausgrenzung von Millionen von Muslimen. Eine Modifizierung des Satzes in „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“ wurde mit dem Hinweis abgelehnt, der Islam sei immer politisch. Konkret lehnt die AfD Minarett, Muezzinruf und Vollverschleierung ab. Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspreche das Kopftuch. An anderer Stelle im Programm zeigt die AfD indes, dass ihr die Gleichberechtigung kein Herzensanliegen ist; vielmehr diskreditiert sie „Gender Mainstreaming“ und „Genderforschung“ und wendet sich gegen „einen falsch verstandenen Feminismus“. Insofern offenbart die AfD, dass sie Punkte wie das Tragen von Kopftuch und Burka, aber auch Minarette und Muezzinruf vor allem instrumentalisiert, um Vorbehalte gegen den Islam zu schüren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die noch weitergehende Forderung nach einem kompletten Verbot des Baus neuer Moscheen nicht angenommen wurde.

Einwanderung

Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch eine institutionelle Garantie ersetzen. Sie prangert „massenhaften Missbrauch“ des Asylrechts an und macht „die überkommene Politik der großzügigen Asylgewährung“ für den „Tod vieler Menschen auf dem Mittelmeer verantwortlich“. Konkret fordert sie eine vollständige Schließung der EU-Außengrenzen. In den Herkunftsregionen sollten Schutz-/Asylzentren eingerichtet werden, die unter UN- oder EU-Mandat betrieben werden

sollten . Antragsteller in Deutschland und Europa sollen ausnahmslos zur Rückkehr in diese Zentren verpflichtet werden. In den Aufnahmeeinrichtungen sollten Außenstellen des BMAF sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit angesiedelt werden. Die AfD vermeidet es also, eine komplette Abschaffung jeglichen Asylrechts zu fordern. Doch auch hier setzt die Partei auf Ressentiments, indem sie pauschal Missbrauch unterstellt. Sie täuscht eine einfache Lösung vor, indem sie suggeriert, es könne Asylverfahren geben, ohne dass Schutzsuchende ins Land kommen.

Mit Blick auf die Europäische Union fordert die AfD „nationale Handlungsmöglichkeiten zur Beendigung des massenhaften Missbrauchs von Rechten, die mit der europäischen Freizügigkeit einhergehen“; für den Fall, dass das nicht wirke, fordert die AfD eine Einschränkung der EU-Freizügigkeit.

Darüber hinaus setzt sich die AfD für eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien ein. Zu dieser Position ist die AfD am zweiten Tag des Parteitags gelangt, nachdem sie am ersten Tag noch eine restriktivere Position beschlossen hatte.

Finanzen und Steuern

Die AfD gibt vor, ein Steuersystem anzustreben, das vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet. Allerdings fordert sie einen indizierten Stufentarif für die Einkommensteuer, der gerade den Geringverdienern eher nicht zugutekommen dürfte. Darüber hinaus kündigt die Partei an, „Staatsaufgaben“ und „den finanziellen Zugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger“ reduzieren zu wollen. Sie will ergänzend zur Schuldenbremse eine „Steuer- und Abgabenbremse“ im Grundgesetz verankern. Das heißt konkret Ausgabenkürzungen, vermutlich bei Sozialleistungen und öffentlicher Infrastruktur, zumal diese nicht zu den in Kapitel 1 definierten Kernaufgaben zählen. Die von der AfD geforderte Abschaffung der Erbschaftsteuer (sowie der bisher nur ausgesetzten Erhebung der Vermögenssteuer) entlastet Vermögende. Die Gewerbesteuer soll überprüft werden. Umsatzsteuerbefreiungen und Ermäßigungen soll es nach dem Willen der AfD nur im Bereich der Daseinsvorsorge geben. Da Lebensmittel im verwaltungsrechtlichen Sinne gemeinhin nicht dem Bereich der Daseinsvorsorge zugerechnet werden, würde das vor allem eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bedeuten.

Die Kombination aus Stufentarif in der Einkommensteuer und Abschaffung der Erbschaftsteuer bei Bestehen einer „Steuerbremse“ hätte zur

Folge, dass ein größerer Teil eines nach oben fixierten Steueraufkommens von Gering- und Mittelverdienern aufzubringen wäre – wobei diese auch am ehesten von Umsatzsteuererhöhungen und Ausgabenkürzungen betroffen sein dürften.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die AfD plädiert für die Beibehaltung des Mindestlohns. Ansonsten will sie den Arbeitsmarkt allerdings „von unnötiger Bürokratie befreien“. Sie konkretisiert das vor allem in der Forderung nach der Zusammenführung von Einzelgesetzen in einem Arbeitsgesetzbuch. Auch wenn die AfD keinen konkreten Abbau von Schutzrechten ankündigt, so ist die Formulierung „unnötige Bürokratie“ doch negativ konnotiert und deutet darauf hin, dass die AfD eine Deregulierung des Arbeitsrechts anstrebt. Es fällt vor allem auf, dass die AfD abgesehen vom Bekenntnis zum Mindestlohn jede Aussage zur Notwendigkeit von Arbeitnehmer-Schutzrechten vermeidet – „Gewerkschaft“, „Mitbestimmung“, „Tarifautonomie“ und „Sozialpartnerschaft“ tauchen in Programm und Debatte? nicht auf. Nur im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung werden „adäquate Arbeitsbedingungen und marktgerechte Entlohnung“ in Mangel-Berufen gefordert. In den Nicht-Mangel-Berufen sind nach dieser Sichtweise die Arbeitsbedingungen egal.

Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und kommunale Jobcenter aufwerten; eine noch weitergehende Forderung nach Privatisierung der Arbeitslosenversicherung wurde fallengelassen. Wie die kommunalen Jobcenter – die auch in den heute schon existierenden Optionskommunen nur für das SGB II zuständig sind – alle Aufgaben nach dem SGB III wahrnehmen sollen, wird nicht erläutert.

Die Partei macht sich für eine „aktivierende Grundversicherung“ statt des Arbeitslosengeldes II stark – mit dem Ziel, dass dem Erwerbstätigen Hilfeempfänger ein größerer Anteil des eigenen Verdienstes bleibt und dadurch ein Arbeitsanreiz entsteht.

Mit Blick auf die „sozialen Sicherungssysteme“ fordert die AfD „grundlegende Reformen“. Sie beklagt, dass „die hohen Abgaben“ sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer auswirkten; damit ist auch klar, dass sie vor allem Reformen meint, die auf Beitragssatzbegrenzung oder –senkung abzielen – und damit auf Leistungskürzungen. Darüber hinaus fordert die AfD eine Korrektur der „finanziellen Nachteile von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen“ in den Sozialversicherungen, etwa Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Höhe der Rente. Die Zahl der Kinder sollte außerdem für den Zeitpunkt ausschlaggebend

sein, zu dem man abschlagfrei in Rente gehen kann. Generell plädiert die AfD für flexible Modelle „einer sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernden Lebensarbeitszeit“. Das bedeutet eine massive Anhebung der Regelaltersgrenze, korrigiert um einen Kinder-Bonus.

Familie und Gender

Die Familienpolitik der AfD ist vor allem (reaktionäre) Bevölkerungspolitik. Unter der Überschrift „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ plädiert sie für eine Erhöhung der Geburtenrate „der einheimischen Bevölkerung“. Auch in diesem Zusammenhang appelliert sie an Ressentiments, indem sie etwa darauf hinweist, dass die Geburtenrate unter Migranten deutlich höher liege „als unter deutsch-stämmigen Frauen“ und vor einer „konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft“ warnt. Konkret fordert die AfD eine „größere ideelle Wertschätzung der Elternarbeit“, ein Familiensplitting, Darlehen zum Erwerb von Wohneigentum, deren Schuldsumme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert sowie den Erlass der Rückzahlung von Bafög-Darlehen, sofern Studierende während oder kurz nach Abschluss des Studiums Eltern werden. Auch wenn man Leistungsverbesserungen zugunsten von Familien im Einzelnen begrüßen mag, so spielt die AfD Eltern und Kinderlose doch gegeneinander aus, und in der Summe ergibt sich eine fast schon völkische Ausrichtung. Eltern mit Kindern sollen Zuschüsse zur Wohneigentumsbildung, Bafög-Zuschüsse und höhere Renten bekommen und auch früher in Rente gehen können. Lebensentwürfe ohne Kinder werden diskreditiert.

Mehr noch: Idealisiert wird allein die klassische Familie aus „Vater, Mutter und Kindern“. Zwar fordert die AfD auch, Alleinerziehende zu unterstützen. Sie wendet sich aber zugleich „entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelternfamilien als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren“. Sie kreiert ein Feindbild, das es gar nicht gibt, indem sie suggeriert, das Establishment propagiere Einelternfamilien. Auf dieser Grundlage inszeniert die AfD sich dann als Gralshüterin der traditionellen Familie. In Wahrheit verbirgt sich hinter ihrer Position eine antiliberalen Haltung, die alle Abweichungen von dieser klassischen Familie als problematisch erscheinen lässt. Dass gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in dem Programm gar nicht stattfinden, wundert dann nicht mehr.

Und dazu passt auch, dass sie sich gegen Feminismus und Gender Mainstreaming bzw. die „propagierete Stigmatisierung traditioneller Geschlech-

terrollen“ wehrt. Staatliche Institutionen wie Krippen griffen zu sehr in das Erziehungsrecht der Eltern ein. Die „häufig geringe“ Anerkennung von Frauen, die „nur“ Mutter und Hausfrauen seien, wird beklagt. Auch hier agiert die AfD insofern geschickt, als sie nicht einfach eine Rückkehr zu traditionellen Geschlechterrollen fordert, sondern suggeriert, bestimmte Lebensentwürfe (wie der der Nur-Hausfrau) würden diskreditiert. Vor diesem Hintergrund kann sie sich dann im Sinne des „Man wird doch wohl mal sagen dürfen“ als Verteidigerin der „tatsächlichen Wahlfreiheit“ und dieses (nach ihrer Lesart von den Betroffenen frei gewählten) Lebensentwurfs aufspielen.

Familie und Beruf seien nur vereinbar, wenn junge Eltern ausreichend Zeit hätten, um ihrer Elternrolle und ihrer Erziehungspflicht gerecht zu werden. Zwar betont die AfD auch die Notwendigkeit eines Umdenkens in der Arbeitswelt. Mit ihren Formulierungen macht sie aber auch denen ein schlechtes Gewissen, die beides wollen: Familie und Beruf.

Wirtschaft, Digitale Welt und Verbraucherschutz

In den einleitenden Aussagen zur Wirtschaftspolitik findet sich ein neoliberaler Tenor. So heißt es, staatliche Eingriffe seien auf das notwendige Minimum zu begrenzen und müssten für in- und ausländische Investoren kalkulierbar sein.

Mit Blick auf Digitalisierung und Industrie 4.0 im wirtschaftspolitischen Kapitel beschränken sich die Aussagen auf ein paar allgemeine Aussagen zum Datenschutz, die Warnung vor Cyber-Kriminalität, die Sicherheit von Hard- und Software in der öffentlichen Verwaltung sowie zur „Digitalisierung der Deutschen Literatur“. Dazu, was die Digitalisierung für die Wertschöpfung, für den Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen bedeutet, finden sich keine Aussagen.

Die AfD lehnt TTIP ab, auch wenn sie im Grundsatz internationale Freihandelsabkommen zwischen Staaten befürwortet. Ihre Ablehnung von TTIP begründet die AfD nicht mit dem Hinweis auf ILO-Kernarbeitsnormen oder den Verbraucherschutz. Stattdessen verweist sie auf Intransparenz bei der Gestaltung. An Abkommen wie TTIP ist der AfD vor allem der Eingriff in nationale Rechte ein Dorn im Auge. „Jede Abgabe von Souveränitäts- und Hoheitsrechten durch Freihandelsabkommen ist abzulehnen.“ Abkommen, die etwa durch Investitionsschutzregeln oder Bestrebungen zur regulatorischen Harmonisierung über reine Freihandelsabkommen hinausgingen, lägen in nationaler Kompetenz.

Verkehrspolitik

Die AfD bekennt sich als Auto-Partei und propagiert „Freie Fahrt für freie Bürger“. Dabei spielt sie sich als Anwalt einer vermeintlich geknechteten Gruppe auf: Autofahrer würden durch immer mehr Geschwindigkeitsbegrenzungen behindert. Die AfD schürt also auch hier ein „Underdog-Gefühl“, auf das sie eine einfache Antwort geben kann. Aktuell politisch relevante Themen werden nicht behandelt.

Energie/Klimapolitik

Die AfD reiht sich mit ihrem Programm in die Gruppe der Leugner des Klimawandels ein. Vor diesem Hintergrund lehnt sie eine Dekarbonisierung ab, CO₂-Emissionen sollten finanziell nicht belastet werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz will die AfD abschaffen, die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängern.

Europa und Euro

Die AfD will „das Experiment Euro“ beenden: Sofern der Bundestag das nicht beschließt, solle eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone durchgeführt werden. Sie misst dem Euro eine schädliche Wirkung zu, die weit über die ökonomische Bedeutung hinausgeht: Der Euro beschädige das hohe Gut des friedlichen Zusammenlebens der Völker, der Euro und die damit verbundenen Euro-Rettungsmaßnahmen seien „illegitime und illegale Eingriffe in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten“. Darüber hinaus strebt die AfD eine grundlegende Reform der EU an, weil diese zu einem bürokratischen Konstrukt geworden sei. Sie wendet sich pauschal gegen eine Transferunion. Auch wenn die noch weitergehende Forderung nach einer Volksabstimmung über einen Verbleib in der EU nicht beschlossen wurde, wird die Europäische Union auch über den Euro hinaus überwiegend kritisch dargestellt. Die positiven Wirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung fallen fast komplett unter den Tisch, ganz zu schweigen von Überlegungen zu grenzüberschreitender Solidarität.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die AfD will die Wehrpflicht wieder einführen. Forderungen nach einem Nato-Austritt fanden keine Mehrheit, geordert wird allerdings eine Reform der Nato. Die Bedeutung des Verhältnisses zu Russland wird betont. Es fällt auf, dass sich die AfD in dem einleitenden Absatz zur Außen- und Sicherheitspolitik auch indirekt kritisch zu den USA äußert. Sie will (wieder) die „nationalen Interessen“ in

den Mittelpunkt stellen. Das, was sie in der Innenpolitik macht, treibt sie also auch in der Außenpolitik: einen gesellschaftlichen Konsens wenn nicht bewusst angreifen, so doch zumindest subtil zu diskreditieren.

3. Bewertung und Ausblick

Die AfD als „Streit-Partei“

Die AfD ist eine Partei im Umfragehoch – und im Dauerstreit. Zwar sind in Stuttgart heftige persönliche Konfrontationen ausgeblieben. Dennoch war auch der Parteitag in Stuttgart eine Belastungsprobe für das fragile Machtgefüge im Vorstand der AfD.

Insbesondere Co-Parteichefin Frauke Petry steht seit Wochen unter enormen Druck. Sie, so heißt es, habe sich in eine Selbstisolierung im Bundesvorstand verrannt. Allerdings wird Petry dringend gebraucht, denn eine Alternative zu ihr ist nicht in Sicht, wenn es um die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 2017 geht. So kursiert das Szenario, Petry solle als eine Art Frühstücksdirektorin nach außen agieren, intern aber eingehegt werden. Ersetzt werden könnte sie allenfalls durch Parteivize Alexander Gauland.

Petry hat sich mit einigen Äußerungen, z. B. zum Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze, selbst geschadet. Intern wird vor allem kritisiert, dass sie zu eigenmächtig agiere und beratungsresistent sei. Als jüngster Ausdruck davon dient ihr Zerwürfnis mit dem Pressesprecher der Partei, Christian Lüth. Schließlich stößt ihr politisches Doppelspiel mit ihrem Lebenspartner Marcus Pretzell, dem Chef der NRW-AfD, auf Missfallen. Nicht zuletzt weil er die Schlüsselfigur für das "next big thing" der Partei ist, fürs Schmieden eines europaweiten Bündnisses der Rechtspopulisten – in AfD-Deutsch, einer „EU-kritischen Bewegung“ (s.u.).

Die Kritik an Frauke Petry hat also mit ihrem Auftreten und vielen Ungeschicklichkeiten zu tun, steht aber auch für unterschiedliche inhaltliche und strategische Einschätzungen. Petry hat vor dem Stuttgarter Parteitag immer wieder betont, dass die AfD sich stärker von rechtsextremen Parteien wie der NPD abgrenzen müsse. Ihre Kollegen in der Parteiführung haben sie damit allein gelassen. Deswegen wurde die Entscheidung des Parteitages über eine Auflösung des saarländischen Landesverbandes mit einiger Spannung erwartet. Petry hatte den Auflösungsbeschluss des Vorstands maßgeblich mit der Begründung vorangetrieben, dass die saarländische Landesspitze zu enge Kontakte zu Rechtsextremisten unterhalte.

Das AfD-Schiedsgericht hatte die Auflösung aber gestoppt. Mit einer knappen Mehrheit ist nun der Parteitag Petrys Linie gefolgt, was zwar ein Achtungserfolg für die Co-Vorsitzende ist, der allerdings fast die Hälfte der Anwesenden nicht folgen wollte.

Auch wenn Petry die Zielscheibe heftiger Kritik ist, so kommt ihr doch zu Gute, dass zumindest derzeit in der AfD kein größeres Interesse an einer neuen Personalschlacht nach dem Muster des Petry-Lucke-Kampfes besteht. Fast folgerichtig versichern alle Protagonisten, dass die Statik der Spitze nicht erschüttert werden soll. Niemand scheint derzeit interessiert zu sein, die Machtfrage zu stellen und Petry abzulösen. Wer sie herausfordert, riskiert viel: Von der Basis gibt es ständig Warnungen, sich an der Spitze bloß nicht noch einmal so zu verkämpfen wie vor einem Jahr.

Dennoch sortiert sich das Machtgefüge neu. Nicht zufällig erinnert sich die Parteispitze zunehmend daran, dass Petry keineswegs alleinige Vorsitzende ist, sondern Jörg Meuthen, strahlender AfD-Wahlsieger in Baden-Württemberg, ihr als zweiter Chef gleichgestellt ist. Neben ihrem Status haben Petry und Meuthen vor allem eine Gemeinsamkeit: sie stehen unter dem Druck des extrem rechten Höcke-Flügels.

Beobachter sprechen davon, dass Meuthen und Gauland sich zu einer tragenden Achse im Vorstand entwickeln, und das an Petry vorbei. Sie sprechen sich auch dann ab, wenn sie in Nuancen voneinander abweichen, etwa über die Frage einer Zusammenarbeit der AfD mit dem rechtsnationalen Front National. Insbesondere Gauland weiß, dass er seinen verglichen mit dem Höcke-Flügel etwas moderateren Rechts-Kurs nicht mit der Brechstange durchsetzen kann. „Wir brauchen auch einen wirtschaftsliberalen Flügel“, sagt er. Und Jörg Meuthen rückt in diesem Kontext die AfD von der Union ab: Streit sei ein Teil der Kultur der Partei, man wolle keine Jubelparteitage wie bei der CDU und auch keine Duracell-Klatschhasen. In der Führung gebe es zwar gelegentlich „Meinungsverschiedenheiten“, man werde sich aber nicht „auseinanderdividieren“ lassen.

Die AfD als europäische Rechts-Außen-Partei

Die AfD driftet immer weiter nach rechts. Aber nicht in dem Sinne, dass der Bundesparteitag in Stuttgart eine von A bis Z stringente Politik im Detail formuliert hätte. Vielmehr hat sich die AfD mit ihren zentralen und erfolgreichen „Wut-Themen“ beschäftigt, die die rechte Grundhaltung des Parteitages und der gesamten Partei zum wiederholten Mal belegt haben. Es geht den Protagonisten

der Partei von Höcke bis Meuthen und von Gauland bis Petry immer wieder um das Anheizen fundamentalen Zorns bei den AfD-Dauerbrennern wie Bevölkerungspolitik nach dem Motto „mehr Kinder statt Masseneinwanderung“, um Attacken gegen die „Allmacht der Parteien“ nebst Forderung nach Volksentscheiden à la Schweiz sowie das Verlangen, „das Experiment Euro geordnet zu beenden“. Und darum, die EU in eine bloße „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten“ zurückzuverwandeln.

In diesem Rahmen bemühte sich Jörg Meuthen um eine inhaltliche Positionierung, die seine Co-Vorsitzende schuldig blieb. Er beschrieb drei Strömungen in der AfD: den „modernen Konservatismus“, die „konsequente Freiheitlichkeit“ und den „gesunden Patriotismus“. Und er betonte, dass die AfD nicht grundsätzlich gegen Zuwanderung, sehr wohl aber gegen eine massenhafte, unkontrollierte Zuwanderung sei, der sie sich „entschlossen widersetzen“ werde. Die AfD wende sich nicht gegen die Menschen, die nach Deutschland kämen, der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit sei daher „schiere Lüge und Mumpitz“.

Übrigens ist den Deutschen durchaus bewusst, dass die AfD nach rechts driftet. In einer Emnid-Umfrage für N24 sagten kurz vor dem Parteitag 66 Prozent der Befragten, dass die AfD „eher eine rechtspopulistische“ als „eine normale bürgerliche Partei“ sei. Bürgerliche Normalität sehen lediglich 19 Prozent. Vor zwei Jahren, im Mai 2014, waren die Zahlen noch ganz anders. Damals stimmten nur 34 Prozent der Einordnung der Partei ins Spektrum des Rechtspopulismus zu – während noch 40 Prozent meinten, die AfD sei eher eine normal bürgerliche Partei.

In diesem Kontext ist ein anderer Vorgang bemerkenswert: Die AfD will für mehr Zusammenarbeit zwischen den rechtsnationalen Parteien Europas sorgen. Bereits vor dem Parteitag hatten die Vorstandsmitglieder einen Brief an alle Parteimitglieder geschickt in dem es heißt: „Die AfD beschreitet keinen deutschen Sonderweg. Sie ist im Gegenteil Teil einer großen europäischen Bewegung.“ Die Alternative für Deutschland wolle dazu beitragen, dass aus dem Stimmengewirr der Parteien, die sich derzeit noch auf unterschiedliche Fraktionen des EU-Parlaments verteilen, „ein gemeinsamer Chor“ werde. Frauke Petry erklärte zu dem Schreiben: „Die AfD erweist sich zunehmend als die politische Klammer eines EU-kritischen Europas.“

Von besonderer Bedeutung ist gegenwärtig die Frage, wie die AfD ihr Verhältnis zum französischen Front National definiert. Denn damit ist auch

eine programmatische Festlegung verbunden. Der Streit um die Nähe oder Ferne zur Partei von Marine Le Pen ist letztlich ein Streit um die Ausrichtung der AfD. Eine enge Verbindung zum FN wäre eine weitere Rechtsverschiebung. Und eine weitere Schwächung der Wirtschaftsliberalen, da der Front National "eine wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sehr linke Partei" ist, wie Beatrix von Storch in der "Freien Presse" konstatierte. Noch klarer formulierte sie: „Der Front National ist sozialistisch, wir sind liberal. Der Front National ist nationalistisch, wir sind patriotisch.“

Vize Gauland wiederum ist nicht prinzipiell gegen eine Zusammenarbeit mit dem FN. Er bereitet Stück für Stück den Weg, auf dem sich die AfD den radikaleren europäischen Rechtsparteien annähert. Der nationalkonservative Flügel, für den Gauland steht, liebäugelt schon länger mit einem Schulterschluss mit der Le-Pen-Partei. Nach dem Sieg des Front National in der ersten Runde der Regionalwahlen im Dezember schrieb der thüringische Fraktionschef Björn Höcke: „Wir gratulieren Marine Le Pen zu ihrem überragenden Wahlerfolg. Frankreich und Europa dürfen noch hoffen!“ Damals galt das als Stimme einer radikalen Minderheit in der AfD. Gauland sorgt nun dafür, dass diese Position mehrheitsfähig wird. Zwar gibt es weiter Widerstand in der Parteiführung gegen diesen Kurs. Jörg Meuthen hat Gaulands freundliche Einlassung gegenüber dem Front National als Affront empfunden. Es gab ein längeres Telefongespräch zwischen beiden, an dessen Ende sie entschieden, aus der Sache keinen Riesenkrach zu machen, der die Partei belasten würde.

Die AfD als Anti-Islam-Partei

Der Parteitag der AfD in Stuttgart sollte keine Tagung über den Islam sein, sondern über das komplette Parteiprogramm von der Energie- bis hin zur Familien- und Wirtschaftspolitik. Doch schon die Zahl der Anträge zum Islam macht deutlich, dass viele an der Basis sich sehr wohlfühlen mit der Idee, den Angriff auf die Religion zur Hauptbotschaft des Wochenendes und neuen Schwerpunkt der Partei zu machen.

Vor dem Parteitag hat Co-Parteichefin Frauke Petry wiederholt betont, dass die AfD sich nach rechts abgrenzen will, aber gleichzeitig die islamkritische Ausrichtung ihrer Partei verteidigt. Dem Leitantrag der AfD zufolge gehört der Islam „nicht zu Deutschland“. Petry erklärte per Interview: „Ich würde das ganz gern ergänzen: Der Islam gehört in dieser Ausprägung, die wir gerade beschrieben haben, mit einem Herrschaftsanspruch und einer Intoleranz gegenüber einer freiheitlich-demokrati-

schen Grundordnung und auch gegenüber Minderheiten und anderen Religionen in der Tat so nicht zu Deutschland. Aber: Gut integrierte Muslime, die all das beachten, gehören für uns zu Deutschland.“

Weiter als Petry gingen ihre Vizes Beatrix von Storch und Alexander Gauland, die immer wieder eine Verfassungswidrigkeit des Islam sowie die Nicht-Existenz muslimischer Reformbestrebungen behauptet haben. Petry ist von dieser Meinung allerdings nicht weit entfernt denn sie betont: „Den politischen Islam halten wir schon seit Langem für verfassungswidrig, ebenso ist längst Konsens, dass wir die Ausbreitung von islamischen Symbolen wie Minaretten, Muezzinrufen und der Vollverschleierung unterbinden wollen, genauso die Finanzierung deutscher Moscheegemeinden aus dem Ausland.“ Aber ein komplettes Moscheeverbot, so Petry, „kann nicht das Ziel der AfD sein“. Das sehen auch von Storch und Gauland so. Sie haben nur rhetorisch draufgesattelt. Denn der Zorn braucht Nahrung.

Auch der vermeintlich gemäßigte Co-Parteichef Jörg Meuthen beschrieb den Islam wiederholt als besonders gefährlich: „Dem Islam wohnt als Religion eine Gefahr inne, die andere Religionen so nicht haben.“ Nur sehr wenige Muslime seien Terroristen, aber nahezu jeder Terrorismus jüngerer Datums habe einen islamischen Hintergrund. Einerseits sagt Meuthen: „Muslime müssen ihren Glauben auch in Deutschland leben können.“ Andererseits dürfe der Ruf des Muezzin nicht die gleiche Selbstverständlichkeit beanspruchen, wie das Geläut von Kirchenglocken. „Das wollen wir in großer Mehrheit nicht in diesem Land“, so Meuthen. Allerdings ist das mit der Mehrheit so eine Sache. Denn laut einer aktuellen Forsa-Umfrage für den Stern stimmt „nur“ knapp ein Drittel der Deutschen der Islam-kritischen Haltung zu. Und konkreter: Dass der Islam als Religion mit dem deutschen Grundgesetz nicht vereinbar sei, meinen 32 Prozent – aber 59 Prozent der AfD-Anhänger und 40 Prozent der Ostdeutschen. Insgesamt stimmt aber eine Mehrheit von 59 Prozent dieser Position nicht zu. Gleiches gilt für das Minarettverbot: Mit 34 Prozent ist etwa ein Drittel der Befragten für ein Verbot von Minaretten und Muezzin-Rufen in Deutschland, 59 Prozent sind dagegen.

Die AfD als „Anti-Establishment-Partei“

In vielen Reden nicht zuletzt der kompletten Parteispitze wurde die AfD in Stuttgart als der Gegenentwurf zu den etablierten, in der Partei zutiefst verhassten „Konsensparteien“ dargestellt. Die AfD gefällt sich weiterhin in der Rolle des politischen

Underdogs, der angeblich unbequeme Wahrheiten ausspricht.

Für den Berliner Sozialwissenschaftler David Bebnowski ist die AfD „definitiv auf dem Weg nach rechts“. Es gebe in der AfD „Vorstellungswelten, die bis ins Faschistische reichen... Dahinter steckt die Konzeption einer tiefgreifenden revolutionären Veränderung. Diese Leute wollen ein anderes Deutschland.“ Der Co-Vorsitzende Meuthen hat das in seiner Stuttgarter Rede ausdrücklich unterstrichen. Die AfD wolle ein anderes Deutschland, der Programmentwurf sei „ein Fahrplan in ein anderes Deutschland“, man wolle „weg vom linken, rot-grün verseuchten, leicht versifften 68er-Deutschland“ und hin zu einem „wirklich freien, souveränen Nationalstaat Deutschland in der Völkergemeinschaft der Welt“.

Auch Beatrix von Storch offenbart zum Beispiel in ihren Beiträgen zur „Islamdebatte“ immer wieder ihre ganze Verachtung für den bundesdeutschen Staat. Sie belegt neben anderen Parteispitzen, dass die Parteigänger der AfD eben nicht nur heimatlose Konservative sind, die sich in Angela Merks CDU nicht mehr vertreten sehen, und genauso wenig nur Ruhe suchende Bürgerliche, die am liebsten die Uhr zurückdrehen und heimkehren würden in eine Zeit, in der es noch kaum Muslime gab in Deutschland, in der Schwule sich still zu halten hatten, in der die Frauen sich um die Kinder kümmerten und ein in den Nachrichten nebenbei wahrgenommener Krieg in fernen Ländern niemanden bekümmern musste. Sie wünschen sich die Atomenergie zurück und leugnen die Gefahren des Klimawandels. So ist die AfD eine Partei, die nicht nur ultrakonservative Opposition sein will in unserem politischen System - sondern eine Partei, die dieses System als Ganzes ablehnt.

Oder wie Björn Höcke es ausdrückt: „Wir dürfen nicht in jene Betriebsblindheit verfallen, bei der man sich nur mit Reparaturen am Status quo beschäftigt“. Denn der Status quo sei „in Deutschland derart unbefriedigend, dass ein visionärer Gegenentwurf nötig ist“. Das gilt für NATO und EU gleich mit. Höcke will diskutieren, wie man „bei der Nato und noch viel mehr bei der EU... die nötigen Reformen durchsetzt“. Dafür müsse man skizzieren, „welche Konstruktion wir für richtig halten“, und „Druck aufbauen, damit sich etwas ändert“. Für die EU jedenfalls heiße das, „dass wir die Neuverhandlung von Verträgen fordern und klar machen, dass es ohne Änderungen keinen dauerhaften Verbleib in dieser Gemeinschaft geben kann“. In diesem Kontext gewinnt die Nähe führender AfD-Politiker zu Rußland eine neue Brisanz.

Die AfD zwischen Parlament und Fundamentalopposition

Viele Äußerungen in Stuttgart haben bestätigt, dass die AfD weiter auf eine Doppelstrategie setzen wird. Parlamentarische Opposition in den acht Landtagen, in denen die AfD momentan sitzt, und Kundgebungen auf der Straße, wo sich die AfD als Anti-Parteien-Partei inszeniert: Nah am Volk und ganz weit weg von „denen da oben“, den Konsensparteien und Leitmedien.

Die AfD wird auch weiter auf Fundamentalopposition setzen. Nur so kann sie noch mehr Gewicht bekommen. „Sie ist eine rechtspopulistische Protestpartei, und der Protest ist der Kitt“, sagt zum Beispiel Vize Gauland. Er sieht die Zukunft der AfD nicht als zweite konservativ-liberale Partei in Deutschland, sondern eher als eine radikale Partei nach dem Vorbild des Front National (s.o.).

Doch seine Vorsitzende will mehr als Opposition. Frauke Petry formuliert in ihrer Parteitage-rede offen den Machtanspruch der AfD. Sie dürfe sich nicht dauerhaft mit der Rolle eines kleinen Koalitionspartners begnügen sondern wolle regieren. Für diesen Anspruch steht auch die Nominierung des Vorstandsmitgliedes Albrecht Glaser zum Bundespräsidenten-Kandidaten für die anstehende Wahl im Februar 2017. Mit 50 AfD-Delegierten der Bundesversammlung im Rücken hat er zwar keinerlei Wahlchance, sichert der Partei aber mediale Aufmerksamkeit. Auch das ist übrigens ein Ausdruck der AfD-typischen Doppelstrategie. Einerseits stellt sich die Partei immer wieder als Opfer der öffentlich-rechtlichen Medien, des verengten Meinungskorridors dar. Im O-Ton beklagt Frauke Petry: „Wer ein offenes Wort wagt, riskiert seinen Job oder seine politische Zukunft.“ Doch andererseits beherrscht die komplette Parteispitze fast furios das Spiel mit genau diesen Medien und liefert – von radikalen Tönen bis zur Polit-Foto-Love-Story in der „Bunten“.

Im Gegensatz zu Petry hält Vize Alexander Gauland die Partei noch für zu klein für eine Regierungsbeteiligung. „Wir sind noch nicht so stark und gefestigt, dass wir direkte Regierungsverantwortung übernehmen und dabei etwas durchsetzen könnten“, sagte Gauland in einem Interview vor dem Parteitag. Der Erfolg gebe diesem Ansatz Recht, behauptet er: „Wir verändern das Land aus der Opposition heraus, indem wir die anderen Parteien vor uns hertreiben.“ Petry hatte bereits vor Wochen auf dem Landesparteitag der sächsischen AfD angekündigt, ihre Partei bald in eine Regierung führen zu wollen. Dazu sagte Gauland: „Nicht alles, was einer von uns sagt, ist mit dem anderen abgesprochen.“ Unterstützung erhält

Petry ausgerechnet vom Rechtsaußen Björn Höcke. Dieser hatte vor einigen Wochen betont, er sehe die AfD schon bald als „Kanzlerpartei“ und sagte auf einer Kundgebung in Erfurt: „Wir müssen den Anspruch haben, eine Volkspartei zu werden“. Der gleichen Meinung wie Gauland ist der zweite AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen, der der FAZ sagte: „Irgendwann später wird sich sicher einmal die Frage stellen, aber da sind wir noch nicht“.

Die AfD als Arbeitnehmer-Partei?

Bei den Landtagswahlen im März 2016 gewann die AfD als Partei der Arbeiter/-innen und der unteren Mittelschichten. Überdurchschnittlich stark schnitt sie unter männlichen und unter 45jährigen Wählern, unter Haupt- und Realschülern, Arbeitern und Arbeitslosen ab. Hier wurde sie teilweise sogar stärkste Partei. Aus diesen Ergebnissen erklären sich manche programmatische Entscheidungen und der Versuch, inhaltlichen Ballast aus der professoralen Gründungszeit abzuwerfen. Dabei beschränkt sich die Kurskorrektur auf Symbol- bzw. Aufregethemen wie Mindestlohn oder Arbeitslosenversicherung, während die neoliberale Substanz unverändert bleibt. Folgerichtig vertreten Akteure wie der Parteivorsitzende Jörg Meuthen nach wie vor Positionen, die die AfD im Gegensatz zu ihrer Wähler/-innenschaft als Partei der Besserverdienenden definieren.

Anders sieht das wieder einmal Vize Gauland: „Wir können uns nicht nur als bürgerlich-konservative Partei etablieren“. Die AfD müsse auch die Partei des kleinen Mannes sein. „Sonst verlieren wir die Arbeiterschaft und auch das Kleinbürgertum.“ Das gilt nicht nur im Osten, wo die AfD mit der Linkspartei um Wähler konkurriert. Auch in Baden-Württemberg haben vor allem Arbeiter und Arbeitslose die AfD gewählt. Gauland spricht vom Norden Mannheims, wo die Arbeiter, die früher SPD wählten, nun für seine Partei stimmten.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Björn Höcke und nimmt in der ihm eigenen Tonlage zur "deutschen sozialen Frage" Stellung. Auch er fordert, „auch das Thema der sozialen Gerechtigkeit für die AfD zu erschließen“, weil „die sozialen Verteilungskämpfe in den nächsten Jahren enorm an Schärfe gewinnen“ würden. Höcke denkt dabei vor allem in nationalen Kategorien. Man dürfe nämlich „nicht nur auf die Verteilung zwischen oben und unten schauen“, sondern müsse auch „über die Verteilung des Volkseinkommens zwischen innen und außen reden“. Höcke kritisiert „wie das deutsche Volkseinkommen in Größenordnungen von Hunderten Milliarden nach außen fließt, in die

Euro-Rettung, zu Migranten, in Bundeswehr-Auslandseinsätze“. Deswegen müsse die AfD fragen, „wie wir unser Volkseinkommen für die Interessen des eigenen Landes und der eigenen Bevölkerung verwenden können“. Für ihn ist das „die spezifisch deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts“, die „in der AfD breit diskutiert wird“.

Die AfD hat außerdem die Rente als Wahlkampfthema für sich entdeckt. Einzelne Führungspersonen orientieren sich am Vorbild Schweiz. Rente soll neben dem Islam zum zweiten wichtigen Wahlkampfthema werden. Dabei geht die Partei von heftiger Kritik an der Riester-Rente aus, die sich nach Meinung des Co-Vorsitzenden Meuthen als Geldverschwendung herausgestellt habe. Er argumentiert, dass die Kosten einen großen Teil der Rendite aufgezehrt hätten. In der Nullzins-Welt habe sich die Hoffnung, eine höhere Rendite als bei der gesetzlichen Rente zu erzielen, dann völlig zerschlagen. „Die derzeit kursierenden Reformvorschläge gehen allerdings allesamt in eine vollkommen falsche Richtung“, fügte er hinzu. Ein besserer Weg wäre das Schweizer Modell. Davon würden vor allem „die kleinen Leute“ profitieren und die Rentenkasse hätte mehr finanziellen Spielraum.

Wie der AfD begegnen?

Um diese Frage zu beantworten ist zunächst wichtig zur Kenntnis zu nehmen, dass die AfD eine relevante Minderheit repräsentiert, die einer traditionsorientierten, wertkonservativen Grundströmung folgt und politisch heimatlos geworden ist. Damit sind ihre Chancen gestiegen, sich auch nach Abklingen der Protestpartiefunktion im Parteiensystem als 6-12%-Partei zu behaupten. Die Werte und Wahlergebnisse der AfD stehen zudem für Politikverdrossenheit und eine Anti-Eliten-Haltung. Die Partei bedient gleichzeitig einen gefühlten Opferstatus ihrer Klientel und nutzt eine rechte Aufstandsrhetorik, die sich gegen „die da oben“ richtet.

Die Wahlergebnisse und Umfragewerte der AfD sind aber auch Ausdruck einer tiefgehenden Verunsicherung, die viele Menschen wegen vieler Veränderungen und aktueller politischer Eruptionen (Terroranschläge, Proteste gegen Arbeitsmarktreformen in Frankreich, BREXIT, Aufstieg von populistischen Parteien / Kandidaten...) erfasst hat. Die Wahrnehmung ist, dass die westlichen Demokratien nicht mit den negativen Wirkungen der Globalisierung (Lohnstagnation, Finanzkrise und ihre Folgen...) und Digitalisierung (Entgrenzung, Dauer-Erreichbarkeit, Arbeitsplatzabbau...) umgehen können. Vor allem die herrschende Standard-Antwort auf die Globalisierung,

es gebe keine Alternative zu „Reformen“ zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, hat nicht gegriffen. Genauso wenig wie sich die Versprechung erfüllt hat, dass es nur Gewinner der Globalisierung geben werde. Sie hat genauso wie die Digitalisierung die westlichen Gesellschaften „politisch und technisch“ herausgefordert, wenn nicht sogar überfordert.

Die demokratischen Parteien und Regierungen dürfen als Antwort auf diese Überforderung nicht die Lösungen der Rechtspopulisten übernehmen oder diese gar noch überbieten. Anders gesagt: Die AfD wird eher gestärkt wenn andere Parteien AfD-Themen besetzen und AfD-Lösungen übernehmen. Die Präsidentschaftswahl in Österreich ist dafür ein erschreckendes Beispiel. Denn die Wiener Koalitionsparteien haben sich mit ihrer harten Flüchtlingspolitik immer mehr der FPÖ angenähert – nur um dann von dieser deklassiert zu werden. Björn Höcke sieht darin eine Bestätigung für rechte Fundamentalstrategien. Die Österreicher würden auf die taktischen Manöver der "Altparteien" nicht hereinfallen, „weil sie wissen, dass Österreich eine fundamental andere Politik im Sinne der FPÖ braucht“.

Klar ist: Darauf zu hoffen, dass sinkende Flüchtlingszahlen auch sinkende AfD-Umfragewerte oder schlechtere Wahlergebnisse nach sich ziehen werden, ist bei weitem nicht ausreichend. Vielmehr ist eine intensive Auseinandersetzung mit der AfD und dem europäischen Rechtspopulismus überfällig. Das beginnt damit, die Programmatik der AfD und die Argumentation ihrer Spitzen aufmerksam anzuschauen und mit gewerkschaftlichen Themen und Werten abzugleichen. Das wird zu dem Ergebnis führen, dass die AfD für Gewerkschaftsmitglieder nicht wählbar ist, wenn man sich ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen genauer anschaut. Von anderen ganz abgesehen. Die Stuttgarter Beschlüsse stehen für Ausgrenzung und Abschottung, sie sind eine Rolle rückwärts in zentralen gesellschaftlichen Themen von der Abtreibung bis zur Wehrpflicht.

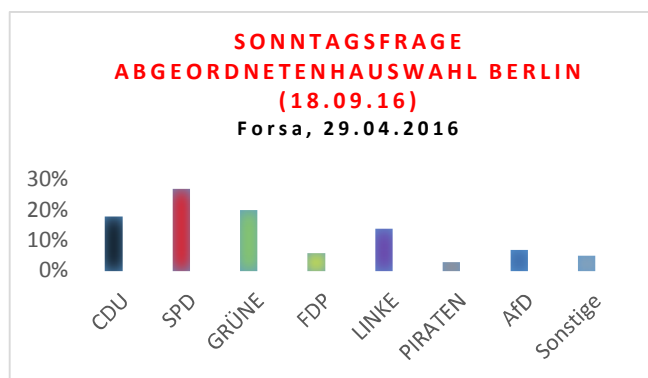
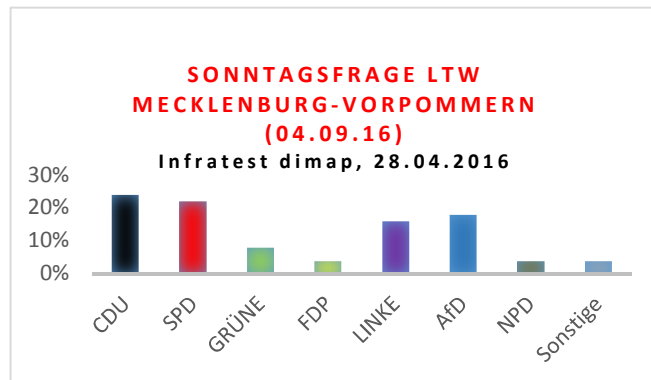
Schließlich wird es darum gehen sehr zu analysieren, wie die Landtagsfraktionen der AfD arbeiten. In ihnen hat es nicht nur sehr schnell persönliche

Auseinandersetzungen und Auflösungserscheinungen gegeben, sondern z.B. in Thüringen werden immer wieder Positionen vertreten, die die AfD ohne Zweifel als extrem rechte Partei entlarven.

Ausblick: Die AfD auf dem Sprung in den Bundestag

Auch nach Stuttgart bleibt erst einmal ungeklärt, was die AfD eigentlich sein will: stramm nationalistisch und anschlussfähig bis weit nach rechtsaußen, was die Pläne eines Tages mitzuregieren gefährden könnte? Oder eine konservative, patriotische Kraft mit einem starken parlamentarischen Arm? Oder aber wird die AfD gar eine Partei der „kleinen Leute“, eine bürgernahe Kümmererpartei?

Doch diese Unklarheiten schaden der Partei momentan nicht und weitere Erfolge deuten sich bereits an:



Weiterführende Informationen:

Auswahl Papiere der Otto-Brenner-Stiftung zur AfD: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/die-afd-vor-den-landtagswahlen-2016.html>

Studie IW-Köln zur AfD-Wählerschicht, VÖ: 02.05.2016: <http://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/afd-eine-partei-der-besserverdienenden-280736>

Presseberichterstattung um den Bundesparteitag der AfD:

<http://www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus>

<http://www.zeit.de/politik/2016-04/alternative-fuer-deutschland-joerg-meuthen-islamkritik>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/afd-islam-beatrix-von-storch-programm-parteitag>

<https://www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/die-afd-nach-der-landtagswahl-2016>

http://www.deutschlandfunk.de/afd-vize-alexander-gauland-der-islam-hat-nie-eine.694.de.html?dram:article_id=352994

http://www.deutschlandfunk.de/muslime-in-deutschland-ist-die-afd-eine-anti-islam-partei.1784.de.html?dram:article_id=353025

<http://www.deutschlandfunk.de/presseschau-aus-deutschen-zeitungen.433.de.html?drn:date=2016-05-02>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-und-spd-attackieren-afd-wirre-rechtsaussen-partei-a-1090305.html>

<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-ueberschneidungen-zwischen-afd-programm-und-anderen-parteien-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160502-99-796669>

<http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-parteitag-reaktionen-auf-afd-wirre-rechtsaussen-partei-1.2976317>

<http://www.fr-online.de/leitartikel/afd-parteitag--spezialgebiet--hass-schueren-,29607566,34173598.html>

<http://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/afd-eine-partei-der-besserverdienenden-280736>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommentar-merkels-zeit-ist-vorbei-a-1090262.html>